

Interpellation Die Mitte-EVP-Fraktion vom 27. November 2023

Klimabudget am Beispiel von Oslo – kann St.Gallen das auch?

Schriftliche Antwort der Regierung vom 2. April 2024

Die Mitte-EVP-Fraktion erkundigt sich in ihrer Interpellation vom 27. November 2023, ob im Kanton St.Gallen die nötigen Energiedaten vorhanden seien oder beschafft werden können, um die Entwicklung der CO₂-Emissionen je Gemeinde abzubilden und ob der Kanton in der Lage sei, Städte oder Gemeinden mit den nötigen Daten zu unterstützen, damit sie so wie die Stadt Oslo ein Klimabudget führen können.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Der Kanton unterstützt Gemeinden gestützt auf Art. 2c und 3 des Energiegesetzes (sGS 741.1) mit energiebezogenen Daten bei der Planung von kommunalen energie- und klimapolitischen Massnahmen. In Übereinstimmung mit dem St.Galler Energiekonzept weist die Interpellantin darauf hin, dass die Informationen dazu beitragen, den Beitrag von Privatpersonen oder Unternehmen zur Zielerreichung und das Engagement sichtbar zu machen. Adressatengerecht aufbereitet können die Informationen deshalb für die Bevölkerung und Unternehmen Ansporn sein, z.B. ein erneuerbares Heizsystems oder eine PV-Anlage zu beschaffen.

Das Klimabudget der Stadt Oslo verknüpft die anspruchsvollen Klimaziele mit den Finanzziele der Stadt. Verwaltungsmassnahmen schafft die Stadt damit Anreize, Produkte und Dienstleistungen zu beschaffen, die bei der Herstellung wenig CO₂-Emissionen verursachen und preislich konkurrenzfähig sind. Gleich wie hohe Preise wirken sich auch hohe CO₂-Emissionen nachteilig auf die Bewertung eines Angebots aus. Das Klimabudget der Stadt Oslo wirkt auch nach aussen: Lieferanten entwickeln Produkte und Dienstleistungen mit tiefen CO₂-Emissionen, damit sie konkurrenzfähig bleiben. Mit dem Klimabudget nimmt die Stadt Oslo ihre Vorbildfunktion mit einem marktkonformen Ansatz wahr.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Das Amt für Wasser und Energie der Kantons St.Gallen (AWE) erhebt jährlich die Verbrauchsdaten für die leitungsgebundenen Energieträger Strom, Gas und Fernwärme je Gemeinde. Diese Daten bilden zusammen mit Modellrechnungen zur Solarthermie und der Umweltwärme die Grundlage kommunaler Energiebilanzen.

Nach der Aufbereitung und Plausibilisierung fliessen diese Daten in die webbasierte Applikation «Ecospeed Region». Die Applikation steht allen St.Galler Städten und Gemeinden kostenlos für das Monitoring von Energieverbräuchen und CO₂-Emissionen zur Verfügung. Bei Interesse können Gemeinden ihre Energiebilanzen mit eigenen kommunalen Daten ergänzen und präzisieren. Zudem stellt die Applikation auch nicht energiebezogene Informationen bereit, z.B. CO₂-Emissionen der Landwirtschaft. Mit der Applikation sind die Gemeinden in der Lage, die Entwicklung der CO₂-Emissionen auf Ihrem Gemeindegebiet zu verfolgen, den einzelnen Sektoren zuzuordnen und faktenbasiert Massnahmen zu ergreifen.

Aktuell sind diese kommunalen Energiebilanzen nicht öffentlich zugänglich. Das Bau- und Umweltdepartement (BUD) ist daran, die kommunalen Energiebilanzen und die damit ver-

bundenen CO₂-Emissionen auf einer Webseite öffentlich zugänglich und Vergleiche mit anderen Gemeinden möglich zu machen.

Der Stand der eigenen Gemeinde mag Motivation zum Handeln sein, ein einzelner Beitrag wird mit dieser Erweiterung jedoch nicht direkt ersichtlich sein. Diesbezüglich hilfreich sind spezifische Indikatoren. Der Ersatz von fossilen Heizungen durch erneuerbare Heizsysteme kann beispielsweise mit dem Indikator «Anzahl erneuerbare Heizsysteme» oder ggf. detaillierter mit «Quadratmeter erneuerbar beheizter Gebäudefläche» je Gemeinde sichtbar gemacht werden. Als Datengrundlage kann hier das eidgenössische Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) herangezogen werden. Das GWR ist von den Gemeinden zu führen und ein Heizungsersatz kann zeitnah eingepflegt und abgebildet werden. Die Entwicklung einer Anwendung zur Visualisierung der GWR-Daten wird zurzeit vom AWE geprüft.

2. Grundlage des Klimabudgets der Stadt Oslo ist ihre Klima- und Energiestrategie. Die Erstellung der Strategie erfordert wie bei Unternehmen als erstes eine Bestandesaufnahme der Geschäftstätigkeiten und der damit verbundenen CO₂-Emissionen. Gestützt darauf sind Ziele und Massnahmen festzulegen. Insbesondere bei grösseren Organisationen ist der Einbezug der Lieferanten unerlässlich, um die grössten Quellen für die CO₂-Emissionen zu erkennen und eine Verminderung zu realisieren. Das Vorgehen bei einer Bestandesaufnahme ist erprobt, ebenso sind die CO₂-Emissionen von zahlreichen Geschäftstätigkeiten und Produkten bekannt. Ein international anerkanntes Vorgehen ist die «Science based Target Initiative» (SBTi). Im Februar 2024 sind bereits rund 160 mehrheitlich grössere oder international tätige Schweizer Unternehmen mit SBTi eine Verpflichtung eingegangen oder haben Ziele festgelegt, vier davon aus dem Kanton St.Gallen.¹

Die voranstehende Beschreibung zeigt, dass für eine Bestandesaufnahme die Kennzahlen des entsprechenden Unternehmens oder der Organisation nötig sind. Der Kanton kann deshalb Interessierte nicht mit Daten unterstützen.

Die Regierung erachtet ein Klimabudget als prüfenswerten Ansatz, die CO₂-Emissionen der öffentlichen Hand zielkonform zu senken, und wird die Gemeinden in diesem Sinn unterstützen. Das BUD wird deshalb eine Umsetzung auf kantonaler oder kommunaler Ebene weiterverfolgen.

¹ Abgerufen am 12. März 2024 unter www.sbti.go-for-impact.ch.